

Weniger Gehaltsansprüche

(aus: RUSSLAND aktuell 19-2009)

Die Wirtschaftskrise hat Auswirkungen auf die Gehaltsansprüche der russischen Bevölkerung. Das berichtet die Zeitung „RBC Daily“ in ihrer Ausgabe vom 28. April. Demnach seien die Gehaltsforderungen nach unten gesunken. Während vor der Wirtschaftskrise Hochschulabsolventen ein Gehalt von mindestens 2.000 US-Dollar verlangt hätten, sei dies nun mit 600-900 US-Dollar wesentlich geringer.

Die Studie ergab erhebliche regionale Unterschiede. In Moskau und St. Petersburg beläuft sich das gewünschte Monatseinkommen auf 68.000 bzw. 53.000 Rubel. Die Einwohner der regionalen Städte wie Uljanowsk, Wolgograd, Kostroma und Ischewsk seien demnach auch mit 25.000 Rubel zufrieden.

„Auch Vertreter der Berufe, die von der Krise am schwersten betroffen sind, haben ihre Gehaltserwartungen korrigiert“, sagte Jekaterina Litwinowa, Head of PR des Personalunternehmens Headhunter. „Vor der Krise verlangte ein Finanzmanager ein Gehalt nicht unter 60.000 Rubel, heute ist er auch mit 45.000 einverstanden. Der Gehaltsanspruch eines Buchhalters ist von 40.000 auf 35.000 Rubel gesunken. Die Menschen schätzen ihre Chancen jetzt realistischer ein. Aber ihre Ansprüche liegen trotzdem über dem Niveau der Vergütung, die der Arbeitgeber anbietet“, so Litwinowa.

Neue Ostpartnerschaft: Russland warnt vor Trennung

(aus: RUSSLAND aktuell 20-2009)

In Russland ist die Gründung der neuen „Ost-Partnerschaft“ zwischen der EU und sechs ehemaligen Sowjetrepubliken auf Kritik gestoßen. Das Projekt der „Ost-Partnerschaft“ dürfe keine neuen Trennlinien in Europa schaffen, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma, Konstantin Kossatschew. Moskau werde die Situation nicht akzeptieren, falls die „Ost-Partnerschaft“ zu neuen Fronten zwischen den Teilnehmerstaaten und Russland führen werde. „Das geschieht aber unweigerlich, wenn die Europäische Union der Versuchung nicht widersteht, die Partnerländer vor die Wahl zu stellen: Entweder wir oder Russland“, so Kossatschew. Auch der russische Außenminister Sergej Lawrow warnte vor neuen möglichen Fronten in Europa, die durch die Partnerschaft entstehen könnten.

Die Ost-Partnerschaft, gegründet am 7. Mai in Prag, umfasst neben Belarus, der Ukraine, Georgien auch Armenien, Aserbaidschan und Moldawien. Die EU will die Staaten bei demokratischen Reformen unterstützen und stellt ihnen langfristig Visa- und Handelserleichterungen in Aussicht. Dafür sind bis 2013 insgesamt 600 Millionen Euro vorgesehen, doppelt so viel wie unter der bisherigen Politik der EU gegenüber den beteiligten Staaten. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach von einer „wichtigen Dimension der Kooperation“. Der amtierende EU-Ratsvorsitzende Mirek Topolanek verwies in seiner Rede in Prag darauf, dass die Partnerschaft keine Erneuerung der zwei Blöcke Ost und West sein dürfe und keinen Kampf um Einfluss darstelle.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft begrüßte das neue Partnerschaftsprogramm zwar als „wichtiges Signal zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den östlichen Anrainerstaaten“, verwies aber zugleich auf Mängel, insbesondere bedingt durch die fehlende Einbindung Russlands. Hier

müsse die EU nachbessern. „Russland ist zu wenig in die Pläne integriert“, sagte Klaus Mangold, Vorsitzender des Ost-Ausschusses. „Es geht hier nicht um das Abstecken von Einflussphären, sondern um grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Länder im östlichen Europa haben aufgrund ihrer Geschichte und Lage die große Chance, ein Bindeglied zwischen der EU, Russland und Zentralasien zu werden.“ Gerade das Thema Energietransit könne ohne russische Beteiligung nicht befriedigend gelöst werden. „Die EU tut gut daran, hier trilaterale Lösungen zwischen Förder-, Transit- und Abnehmerländer zu vermitteln und gemeinsam mit Russland an einer Energie-Charta zu arbeiten“, so Mangold. Ohne die Vereinbarung eines neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland, in der auch das Thema Energiesicherheit geklärt sei, bleibe die „Östliche Partnerschaft“ unvollständig. Dennoch seien die geplanten Assoziierungs- und Freihandelsabkommen und die in Aussicht gestellten Visa-Erleichterungen neue Katalysatoren für eine wirtschaftliche Dynamik zwischen der EU und den ehemaligen sechs Sowjetrepubliken.